
Pressemitteilung des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) zum Tag gegen Rassismus am 21. März

Die internationalen Wochen gegen Rassismus werden seit Januar 2016 von der Stiftung gegen Rassismus koordiniert. Diese Stiftung hat die Aufgaben vom Interkulturellen Rat e.V. übernommen, der von 1995 an bis 2017 die Aktivitäten rund um den **21. März, Tag gegen Rassismus**, in Deutschland initiierte.

Sämtliche Aktionen sind wichtige einzelne Schritte zu dem äußerst bedeutenden Tag gegen Rassismus am 21. März eines jeden Jahres. Diese Tage sollen sensibilisieren, aufmerksam machen und das Bewusstsein für Rassismus vor allem im Alltag und Sprachgebrauch schärfen.

Der furchtbare Krieg in der Ukraine bedrückt uns alle sehr. Bewegende Bilder lassen nur vermuten, welche Tragödien sich dort abspielen.

Leider ereilen uns nicht nur die bedrückenden Bilder der Schicksale von Flüchtenden, sondern selbst im Krieg zeigt sich der Rassismus und vor allem während der Flucht.

Menschen aus afrikanischen Herkunftsländern bzw. BPOC (Black People of Color), werden auf der Flucht vor dem Krieg benachteiligt. Sie werden an den Grenzen gestoppt, können diese nicht überqueren und werden aus den ukrainischen Zügen herausgeschmissen, damit anderen Flüchtenden die Plätze in den Zügen zur Verfügung stehen. Unter Hashtags wie #AfricanUkraine oder #BlackUkraine finden sich viele Berichte von BPOC, welche aus der Ukraine versuchen zu fliehen und von rassistischer Diskriminierung berichten.

Der NIR zeigt sich entsetzt und besorgt über die Berichte der Menschen und erinnert inständig an den Appell „all refugees welcome“.

In diesem Zusammenhang verweist die Antirassismus-Beauftragte Reem Alabali-Radovan darauf, dass es aktuell ferner zu zunehmenden Anfeindungen und Beleidigungen gegenüber russisch sprechenden kommt:

„Teilweise trauen sich Menschen nicht mehr, Russisch auf der Straße zu sprechen. Das besorgt mich sehr.“

Deshalb fordert der NIR alle Menschen dazu auf, die überragende Hilfsbereitschaft nicht von Rassismus und Diskriminierung gegenüber russisch sprechenden Menschen hier in Deutschland überschatten zu lassen und erneuert seine Forderung, eine Landes-Antirassismus-Beauftragte oder einen Landes-Antirassismus-Beauftragten zu ernennen, welches auch in den Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl im Oktober bereits gefordert wurde.

Text: Vorstand des Niedersächsischen Integrationsrates

V.i.S.d.P.: Geschäftsstelle Bildungsverein, Stadtstraße 17, 30159 Hannover
Tel.: 0511-338 798 54, nds-integrationsrat@nds-integrationsrat.de, www.nds-nir.de

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung